



Regulierungsfolgenabschätzung

Checkliste

März 2013

Die Checkliste konkretisiert die *fünf Prüfpunkte zur Regulierungsfolgenabschätzung (RFA)*, die in den Richtlinien des Bundesrates zur Darstellung der volkswirtschaftlichen Auswirkungen von Vorlagen des Bundes vom 15. September 1999 aufgeführt sind. Die einzelnen Punkte dieser Checkliste finden sich zusammen mit zusätzlichen Erläuterungen auch im *Handbuch*, in dem Prozess und Inhalt einer RFA ausführlich beschrieben werden. Die Berücksichtigung der einzelnen Unterpunkte der Prüffragen (1.1–5.3) sowie der jeweils darin enthaltenen Einzelkriterien ist verbindlich, soweit diese im konkreten Fall relevant sind. Zusätzliche Kriterien können nach Bedarf berücksichtigt werden.

KONSISTENZ VON PROBLEMANALYSE UND ZIELSETZUNG ZUR VORLAGE	
Prüfpunkt 1 – Notwendigkeit und Möglichkeit staatlichen Handelns	
Welche Probleme soll die Vorlage angehen (Handlungsbedarf) und welche Ziele soll sie erreichen (Handlungsziele)?	
Handlungsbedarf 1.1	<ul style="list-style-type: none"> – Überwiegende öffentliche Interessen (insb. Schutz der öffentlichen Ordnung, des Lebens, der Gesundheit, der Umwelt, der Konsumenten, der Lauterkeit des Handelsverkehrs, des nationalen Kulturgutes, des Eigentums) – Marktversagen (öffentliche Güter, Externalitäten, asymmetrische oder allgemein unvollkommene Information, Marktmacht aufgrund von Monopolen, Kartellen oder dominanter Marktposition) – Regulierungsversagen (insb. mangelhafte Problem- und Zielidentifikation, unwirksamer oder zu aufwändiger Vollzug, übermässige negative Nebenwirkungen, Vereinnahmung durch Regulierungsadressaten, Unwirksamkeit aufgrund von Regulierungswettbewerb)
Handlungsziele 1.2	<ul style="list-style-type: none"> – Ziele (möglichst konkret, realistisch und messbar) – Zeitraum (Zeitangabe für kurz-, mittel- und langfristige Ziele) – Zielkonflikte (innerhalb und ausserhalb des Regelungsbereichs, insb. auch zwischen Dimensionen Wirtschaft, Gesellschaft, Umwelt)

AUSWIRKUNGEN DER VORLAGE	
Prüfpunkt 2 – Auswirkungen auf die einzelnen gesellschaftlichen Gruppen	
Welche Auswirkungen (Kosten, Nutzen, Verteilungswirkungen) hat die Vorlage für einzelne gesellschaftliche Gruppen?	
Unternehmen 2.1	<p>Betroffene Unternehmen</p> <ul style="list-style-type: none"> – Art und Anzahl der betroffenen Unternehmen (insb. nach Branchen und Unternehmensgrösse) <p>Direkte Regulierungskosten</p> <ul style="list-style-type: none"> – Administrative Belastung aufgrund von Informationspflichten (insb. auch für KMU, Kleinunternehmen, Startups) – Regulierungskosten aufgrund von weiteren Handlungspflichten (Personalkosten, Investitionskosten, sonst. Sachkosten, finanz. Kosten) <p>Indirekte Regulierungskosten und weitere Auswirkungen</p> <ul style="list-style-type: none"> – Handlungsspielraum (Einschränkungen insb. durch Gebote, Verbote, Rechte Dritter, Bewilligungen) – Inputfaktoren (Rohstoffe, Hilfsstoffe, materielle Betriebsstoffe, immaterielle Betriebsstoffe, Betriebsmittel, Arbeit) – Vertrieb – Verzögerungen – Umgehungsanstrengungen
Haushalte 2.2	<ul style="list-style-type: none"> – Konsumenten (insb. Preise, Qualität und Diversität von Produkten) – Arbeitnehmende (Arbeitsplätze, Löhne, Arbeitsbedingungen) – Steuerpflichtige – Eigentümer – Soziale Gruppen (z.B. Familien, Alleinerziehende, Kinder, Behinderte)
Staat 2.3	<ul style="list-style-type: none"> – Bund (finanzielle, personelle und andere Auswirkungen, inkl. Auswirkungen auf Verschuldung, Staatsquote und Sozialversicherungen) – Kantone und Gemeinden (Auswirkungen analog zu Bund)
Regionen 2.4	<ul style="list-style-type: none"> – Urbane Zentren – Agglomerationen – Berggebiete – Tourismusregionen – Grenzregionen
Organisationen 2.5	<ul style="list-style-type: none"> – Gemeinnützige Organisationen – Kultur-, Sport- und Freizeitorganisationen
Ausland 2.6	<ul style="list-style-type: none"> – Industrieländer (EU-Länder, OECD-Länder) – Entwicklungs- und Schwellenländer (insbesondere ärmste Länder)

Prüfpunkt 3 – Auswirkungen auf die Gesamtwirtschaft	
Welche Auswirkungen (Kosten, Nutzen, Verteilungswirkungen) hat die Vorlage auf die Gesamtwirtschaft?	
<i>Auswirkungen auf Märkte, Produktionsfaktoren und Infrastruktur *</i>	
Märkte 3.1	<ul style="list-style-type: none"> – Produktmärkte (Funktionieren der Märkte, intakter Preismechanismus) – Arbeitsmarkt (Arbeitsmarktflexibilität und -partizipation) – Finanzmärkte (Funktionieren und Stabilität der Märkte)
Sachkapital und Infrastruktur 3.2	<ul style="list-style-type: none"> – Sachkapital (Maschinen, Anlagen, gewerbliche Bauten) – Infrastruktur (Verkehr, Energie, Kommunikation, Ver- und Entsorgung)
Wissen und Technologie 3.3	<ul style="list-style-type: none"> – Humankapital (insb. Entwicklung und Nutzung des Fachkräftepotentials) – Forschung und Entwicklung – Innovation und Diffusion – Geistiges Eigentum
<i>Auswirkungen auf Wachstum, Wettbewerb und Standort</i>	
Wirtschaftswachstum und -entwicklung 3.4	<ul style="list-style-type: none"> – Produktivität (der Produktionsfaktoren, inkl. Ressourceneffizienz) – BIP-Wachstum (real, pro Person) – Investitionen – Beschäftigung – Preise – Konjunktur (Stabilität der konjunkturellen Entwicklung) – Wirtschaftsstruktur (Nachhaltigkeit der strukturellen Entwicklung)
Wettbewerb und internationale Öffnung 3.5	<ul style="list-style-type: none"> – Markteintrittsbarrieren und Begrenzung der Anzahl Konkurrenten (z.B. durch Exklusivrechte, Bewilligungen, erhöhte Markteintrittskosten) – Wettbewerbshemmende Regelungen (z.B. durch Preisvorschriften, Qualitätsstandards, Werbebeschränkungen) – Wettbewerbshemmendes Verhalten der Anbieter (z.B. durch Marktmacht, Absprachen, Selbstregulierung) – Wettbewerbsfördernde Information und Wahlmöglichkeit für Kunden (z.B. durch Markttransparenz, Wahlfreiheit, Kundenmobilität) – Handelshemmnisse für ausländische Konkurrenten (z.B. durch technische Vorschriften)
Wirtschaftsstandort 3.6	<ul style="list-style-type: none"> – Marktzugang (zu internationalen Märkten) – Wettbewerbsfähigkeit (der Schweizer Unternehmen) – Standortattraktivität (der Schweiz für Unternehmen und Privatpersonen im Verhältnis zu anderen Ländern) – Internationale Akzeptanz der Regulierung
<i>Auswirkungen auf Gesellschaft und Umwelt **</i>	
Gesellschaft 3.7	<ul style="list-style-type: none"> – Gesundheit und Sicherheit – Bildung und individuelle Entfaltung – Kultur sowie gesellschaftliche Werte und Ressourcen (Sozialkapital) – Gleichberechtigung und Gleichstellung (insb. von Frau und Mann) – Solidarität innerhalb und zwischen Generationen
Umwelt 3.8	<ul style="list-style-type: none"> – Landschaften und Artenvielfalt (z.B. Ökosysteme / Biodiversität, genetische Vielfalt) – Erneuerbare Ressourcen (z.B. erneuerbare Energien und Rohstoffe, Biomasse, Wasser) – Nicht erneuerbare Ressourcen (z.B. nicht erneuerbare Energien und Rohstoffe, Boden) – Schadstoffbelastung (inkl. CO₂-Emissionen und andere Treibhausgasemissionen) – Umweltkatastrophen-Risiken

* Natürliche Ressourcen, welche als Produktionsfaktoren genutzt werden (Boden, Energie, Rohstoffe), werden im Unterpunkt 3.8 "Umwelt" behandelt.

** Die hier aufgeführten Kriterien entsprechen jeweils den fünf Kriterien zu den Auswirkungen auf Gesellschaft und Umwelt, die im [Botschaftsleitfaden](#) und in den Kriterien zur [Nachhaltigkeitsbeurteilung](#) aufgeführt werden.

<i>Bilanz der Auswirkungen</i>	
Kosten und Nutzen 3.9	<ul style="list-style-type: none"> – Zielerreichung / Wirksamkeit – Umsetzungsaufwand (von Behörden und Regelungsadressaten) – Andere Wirkungen ("Nebenwirkungen", andere Kosten und Nutzen) – Wirtschaftlichkeit / Effizienz (Kosten-Wirksamkeit) – Gesamtkosten und -nutzen (inkl. Nebenwirkungen)
Verteilungswirkungen 3.10	<ul style="list-style-type: none"> – Soziale Verteilungswirkungen – Regionale Verteilungswirkungen – Wirkungen auf künftige Generationen (Nachhaltigkeit) – Wirkungen auf unterschiedliche Sachbereiche (Kohärenz, Zielkonflikte)
KMU-Verträglichkeit 3.11	<ul style="list-style-type: none"> – Bilanz der Auswirkungen auf KMU (auch Kleinunternehmen und "Startups")
Risiken und Unsicherheiten 3.12	<ul style="list-style-type: none"> – Auswirkungen der Vorlage auf Risiken und Unsicherheiten (inkl. Kosten-Nutzen-Verhältnis einer allfälligen "Nullrisiko"-Strategie)
Wissenslücken 3.13	<ul style="list-style-type: none"> – Verbleibende Wissenslücken und Unsicherheiten zu Auswirkungen (nach Abschluss der Regulierungsfolgenabschätzung)

OPTIMIERUNG DER VORLAGE

Prüfpunkt 4 – Alternative Regelungen	
Können die angestrebten Ziele mit alternativen Regelungsinstrumenten und -inhalten wirksamer, kosteneffizienter und mit geringeren Einschränkungen für die Adressaten erreicht werden?	
Sanftere Regelungsinstrumente 4.1	<ul style="list-style-type: none"> – Informationen (z.B. Informationskampagnen, Empfehlungen, Labelling oder Informationsvorschriften anstelle von stärker einschränkenden Instrumenten) – Wirtschaftliche Anreize (z.B. handelbare Zertifikate, Auktionen, Lenkungsabgaben, Abgaben oder Haftungsregelungen anstelle von stärker einschränkenden Instrumenten) – Partnerschaftliche Instrumente (z.B. Selbstregulierung, Ko-Regulierung, freiwillige Vereinbarungen oder Aufgabenübertragung an Dritte anstelle von hoheitlichen Instrumenten)
Alternativen zu ausgewählten Regelungsinstrumenten 4.2	<ul style="list-style-type: none"> – Handlungspflichten (Zielerreichung statt Mittelverwendung vorschreiben) – Produktvorschriften (Informations- statt inhaltliche Vorschriften) – Bewilligungspflichten (Ersatz z.B. durch Meldepflichten, Widerspruchsverfahren oder nachträgliche Kontrollen) – Besonders problematische Instrumente (Vermeiden von Verboten, Monopolen, Kontingenten, Ausnahmebewilligungen)
Alternative Regelungsinhalte 4.3	<ul style="list-style-type: none"> – Inhalt der Regelung (allgemein) – Geltungsbereich (sachlich, personell, räumlich, zeitlich) – Versuchsregelung (zeitliche oder andere Begrenzung) – Dosierung der Massnahmen (Intensität, Umfang) – Differenzierung der Regelung (z.B. Vereinfachungen zugunsten KMU) – Steuerungsstrategie (z.B. präventive oder nachträgliche Wirkung) – Neue Regelung / Totalrevision / Teilrevision – Normstufe (Verfassung, Gesetz, Verordnung) – Regelungskompetenzen (z.B. Bund, Kantone)
Verzicht auf Regelungen 4.4	<ul style="list-style-type: none"> – Bessere Nutzung bestehender Regelungen – Verzicht oder Vereinfachung bestehender Regelungen – Verbesserung des Vollzugs bestehender Regelungen – Verzicht auf zusätzliche Aktivitäten

Prüfpunkt 5 – Zweckmässigkeit im Vollzug	
<i>Ist der Vollzug der Regelung so ausgestaltet und vorbereitet, dass der Aufwand für die Adressaten möglichst gering, die Wirksamkeit möglichst hoch und die Einführung möglichst erfolgreich ist?</i>	
Verringerter Aufwand (durch Vereinfachungen) 5.1	<ul style="list-style-type: none"> – Verständlichkeit (einfache, klare, verständliche Regelungen) – Umsetzbarkeit (Vermeiden von Umsetzungsproblemen) – Akzeptanz (Förderung durch Vereinfachungen) – Kundenorientierung (z.B. Erläuterungen in einfachen Broschüren) – E-Government-Lösungen (insb. mit integrierten Transaktionen) – One-Stop-Shop (physisch oder virtuell) – Formulare (z.B. Vereinfachung, Nutzung vorhandener Daten) – Verfahren (Vereinfachung, Koordination, Beschleunigung) – Kontrollen (Koordination der Kontrollen, risikobasierte Kontrollen)
Erhöhte Wirksamkeit (durch verbesserten Vollzug) 5.2	<ul style="list-style-type: none"> – Vollzugsbehörden (Eignung und Ausstattung) – Wirkungskontrolle (Monitoring und Evaluation) – Sanktionen (Eignung) – Alltagstauglichkeit (Vollzug im Einklang mit Regeln, Prinzipien, Anreizen, Normen und Gewohnheiten des Alltags)
Verbesserte Einführung der Regelung 5.3	<ul style="list-style-type: none"> – Einbezug von Regelungsadressaten (bei Vorbereitungen) – Information der Regelungsadressaten (vor Inkrafttreten) – Bereitschaft der Vollzugsbehörden (bei Inkrafttreten) – Umstellungszeit (angemessen) – Datum des Inkrafttretens (geeignet)